

Dürren, Fluten und Migration

Alias Wardak

Afghanistan leidet seit über 40 Jahren unter einem verheerenden Krieg, der nicht beschränkt ist auf Ländergrenzen, sondern neben regionalen auch internationale Dimensionen aufweist.

Angefangen mit dem Staatsstreich 1978 durch die Kommunistische Partei und dem darauffolgenden Einmarsch der Sowjetunion, waren seither unzählige Afghan*innen gezwungen ihr Land zu verlassen und zu emigrieren. Der größte Teil wanderte nach Pakistan oder in den Iran aus, und lediglich ein kleinerer Teil fand Zuflucht in Europa oder den USA.

Diese Entwicklung hielt an und führte zum Bürgerkrieg, in dessen Folge die Taliban Afghanistan bis in die späten 1990er Jahre regierten. Im Fall von Afghanistan wird die konfliktbedingte Migration als häufigste Migrationsursache verbleiben. Bewiesen wird dies durch den anhaltenden Migrations-Strom nach Europa zwischen 2015 und 2017. Nach wie vor warten tausende von Afghan*innen in Flüchtlingscamps in Griechenland und der Türkei, um ihr eigentliches Ziel Zentral-Europa zu erreichen.

Neben der bereits erwähnten konfliktbasierten Migration, könnte auch die Migration aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels in Afghanistan die Zahl der Inlands-Vertriebenen und des Migrationsstroms generell in den nächsten Jahren und Jahrzehnten anwachsen lassen, wenn nicht die afghanische Regierung und die internationalen Partner effektive Maßnahmen dagegen erwägen.

500.000 Klimaflüchtlinge

Afghanistan wird als eines der anfälligsten Länder für die negativen Folgen des Klimawandels angesehen, speziell in Bezug auf Dürren und Hochwasser. Dürren und Hochwasser sind die hauptsächlichen Treiber für die durch Klimawandel verursachte Migration im Land. Nach neuesten Untersuchungen von Forschenden der University of Bratislava, waren 2018 etwa

Afghanistan als maßgebliches Opfer des Klimawandels

550.000 Afghan*innen gezwungen, ihre „Unterkünfte auf Grund des Verlusts ihrer Lebensgrundlage“ durch den Konflikt und durch Dürren zu verlassen.

Es wird erwartet, dass die Temperatur, mit einer geschätzten Erwärmung um 1-2,3°C bis 2050, über den globalen Durchschnitt ansteigt. Außerdem wird es Veränderungen in der Terminierung und dem Volumen des Niederschlags geben und so wird voraussichtlich der Niederschlag des Frühjahrs in den meisten Teilen des Landes abnehmen. Die Untersuchung stellt weiter heraus, dass bis 2030 Dürren die Norm werden und Hochwasser zweifellos zunehmen werden.

Eine weitere Studie der National Environmental Protection Agency (NEPA) in Kooperation mit UNEP und WFP, die ihren Fokus auf den Einfluss des Klimawandels auf die Lebensgrundlage und den sicheren Zugang zu Nahrung legt, zeigt, dass Klimafolgen, wie (a) Dürren aufgrund reduziertem Niederschlag im Frühjahr, (b) Dürren aufgrund rückläufiger Wasserstände der Flüsse, als Konsequenz einer reduzierten Schneeschmelze in den Bergen, (c) Hochwasser aufgrund vermehrter starker Niederschläge im Frühjahr und schließlich (d) flussartige Hochwasser aufgrund starker und schneller Schneeschmelzen in den Bergen die wesentlichen Risiken für die Lebensgrundlage in Afghanistan sind. 2016 zeigten Lukas und Ruettiger in ihrer Studie zur Verknüpfung zwischen Klimawandel und nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen, die Verflechtung natürlicher Ressourcen und ihrer Rolle in Konflikten im Fall von Afghanistan. Die Studie deckte auf, dass „die Wasserverfügbarkeit je Kopf bis 2040 um 50 % zurückgehen wird, mit dem Ergebnis steigender Temperaturen, erhöhter Gesamtverdunstung, weni-



ger Niederschlägen und schwachen Infrastrukturen sowie Wassermanagementsystemen ...“.

Außerdem muss Afghanistan, als ein stromaufwärts gelegener Anliegerstaat, sich nicht nur Herausforderungen auf nationaler Ebene stellen, sondern auch die Konfliktpotenziale durch grenzüberschreitende Wasserquellen mit den beiden Nachbarn – Iran und Pakistan – werden als eine Konsequenz der Wasserknappheit in der Region aufgrund des Klimawandels steigen.

Klimawandel nährt, befördert Konflikte

Mit Blick auf die nationalen und regionalen Dimensionen der durch den Klimawandel bedingten Herausforderungen für Afghanistan, ist zu erwarten, dass das Land eines der maßgeblichen Opfer des Klimawandels sein wird. Diese Herausfor-

derungen werden starke Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der Bürger*innen haben (60 % der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft) und nährt bewaffnete Auseinandersetzungen, veranlasst durch die Nachbarn, welche im Besonderen betroffen sind von der abnehmenden Wasserverfügbarkeit im vorgelagerten Afghanistan.

Folglich nimmt die Wahrscheinlichkeit einer ansteigenden Migration aufgrund von Konflikten zu, die bedingt sind durch den Klimawandel. Dies sollte als ein primärer Faktor zukünftiger Migration in andere Regionen der Erde, hauptsächlich nach Europa, betrachtet werden. Im Fall von Afghanistan sind die Verbindungen zwischen dem Klimawandel und möglichen Konflikten auf nationalen und regionalen Ebenen aufgrund von Dürre und Wasserknappheit offensichtlich. Sie könnten zu weiteren Destabilisierungen in der weiten Region zwischen Zentral- und Süd-Asien führen.

Daher sind gemeinsame Bemühungen durch die Regierung, durch weitere Länder der Region, die UN und führende Länder Europas, zur Reduzierung der Auswirkungen des Klimawandels in Afghanistan entscheidend und müssen sich auszeichnen durch nachhaltige Herangehensweisen, die nationale und regionale Dimensionen des Klimawandels in Afghanistan betrachten. Andernfalls wird der massive Strom an Migrant*innen eine substantielle ökonomische Belastung, im Besonderen für europäische Länder als Hauptziel Geflüchteter, und er wird darüber hinaus die Krise in Afghanistan und der Region zwischen Zentral- und Süd-Asien vertiefen.



Übersetzung Kirsten Richter. Alias Wardak ist Experte für Energie, Wasser und regionale Kooperationen sowie früherer Politikberater des Finanzministeriums Afghanistans. Er ist Dozent für Infrastrukturentwicklung in sich entwickelnden Ländern an der Universität Siegen, Deutschland. Ihm kann auf Twitter gefolgt werden: @AliasWardak